



Markus Paschke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Markus Paschke MdB | Deutscher Bundestag | 11011 Berlin

Stellungnahme MdB Markus Paschke

Leer, 06.04.2020

Markus Paschke MdB
Platz der Republik 1
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79297
Telefax: +49 30 227-76295
markus.paschke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Leer
Friesenstraße 58
26789 Leer
Telefon: +49 491 61160
markus.paschke.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Emsland
Lathener Straße 15 a
49716 Meppen
Telefon: +49 491 61160
markus.paschke.wk@bundestag.de

www.markus-paschke.de

Markus Paschke: Skandalöses Verhalten von Deichmann, H&M und andere Unternehmen

Leer/Papenburg/Berlin - Immer mehr bekannte Handelsunternehmen wollen wegen der im Kampf gegen das Corona-Virus angeordneten Ladenschließungen die Mietzahlungen für ihre Filialen in Deutschland aussetzen. Sogar viele deutsche Handelsketten fordern nach Medieninformationen derzeit Zugeständnisse von ihren Vermieterinnen und Vermietern. Darunter sind auch Lebensmittelketten wie zum Beispiel Edeka Nord. Dabei fallen die überhaupt nicht unter die krisenbedingten Schließungen. Ich finde das Verhalten der Unternehmen nicht nur inakzeptabel, sondern skandalös.

Hervorgetan haben sich da in den letzten beiden Wochen besonders global agierende Unternehmen wie Adidas, Deichmann, Hennes und Mauritz (H&M) und andere Großfilialisten. Sie alle hatten angekündigt, ihre Mietzahlungen auszusetzen. Zwar hat Adidas inzwischen eingelenkt und sieht von dem Vorhaben ab, aber erst nach Protesten

und Drohungen von Verbrauchern, die Produkte mit den drei Streifen künftig nicht mehr zu kaufen. Trotzdem, die Verantwortlichen des Unternehmens haben mit ihrer Ankündigung, Adidas einen großen Imageschaden zugefügt.

Besonders skandalös ist, dass die beiden Handelsketten Deichmann und H&M trotzdem weiter an ihrem Vorhaben festhalten wollen, die Mietzahlungen auszusetzen. Deichmann hat 2019 mit seinen 1.500 Filialen in Deutschland einen Umsatz von 2,3 Milliarden Euro erwirtschaftet. H&M mit seinen 466 Geschäften sogar 3,7 Milliarden Euro. Diese Vorgehensweise der beiden global agierenden Unternehmen macht deutlich, dass Solidarität in den oberen Etagen ein Fremdwort ist. Ich fordere die Unternehmensleitungen von Deichmann und H&M, aber auch von anderen großen Unternehmen auf, von ihrem Vorhaben, die Mietzahlungen auszusetzen, abzusehen. Stattdessen aber sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst zu werden und im Fall von Kurzarbeit das Kurzarbeitergeld ihrer Mitarbeiter aufzustocken.

Statements, wie sie auch an den Schaufenstern des H&M-Geschäftes in der Mühlenstraße in Leer hängen, reichen da nicht aus. Allein mit dem Hinweis „Liebe Kund*innen, die globale Verbreitung von COVID-19 betrifft Menschen, Gemeinden und Unternehmen auf der ganzen Welt. Ereignisse dieser Größenordnung erfordern, dass wir als globales Unternehmen Verantwortung übernehmen – dabei spielen unsere engagierten Kolleg*innen, unsere Werte und unsere

zukunftsweisende Haltung eine entscheidende Rolle“, ist es nicht getan. Diese Lippenbekenntnisse reichen nicht aus. Bevor auch nur ein Cent an Miete gekürzt wird, müssen alle Gewinnausschüttungen an Eigentümer und Aktionäre gestoppt werden. Das Gesetz ist für Betriebe und Privatpersonen gedacht, die in existenzielle Not geraten. Nicht um Millionengewinne zu schützen.